



Rechtsausschuss

25. Sitzung (öffentlich)

Mittwoch, 13. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.40 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenograf: Rainer Klemann

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
- Vorstellung des neuen Justizministers	
Zur Tagesordnung	1
Der Ausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt	
Qualität der Arbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz weiter verbessern	
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 13/1542	
Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/1583	
nicht heute, sondern erst nach Vorlage des angekündigten gemeinsamen Entschließungsantrages aller Fraktionen aufzurufen.	

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfeverordnung - BVO)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2800 und 13/3150

Vorlagen 13/1636 und 13/1703

2

- Diskussion mit den Schwerpunkten "Mittel für freiwillige Straffälligenhilfe", "Zahl der Insolvenzverfahren mit Blick auf die Belastung des richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienstes sowie der Rechtspfleger", "Notarielles Registerwesen", "Notarielles Grundbuch", "Elektronisches Grundbuch", "Stand der Ausstattung der Justiz mit IuK-Technik", "Justiz 2003", "Personalausstattung im Schreib- und Kanzleidiens"

2 Zehntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3044

8

Der Ausschuss beschließt, diesen Tagesordnungspunkt auf der letzten Sitzung des Jahres am 27. November 2002 abschließend zu beraten.

3 Planungen der Landesregierung für einen Neubau der JVA in Düsseldorf

9

- Bericht der Landesregierung
- Diskussion

4 Klage eines Rechtsanwaltes wegen zu langer Bearbeitungszeit der Justiz ("NRZ" vom 30. Oktober 2002)

13

- Bericht der Landesregierung
- Diskussion

Rechtsausschuss

13.11.2002

25. Sitzung (öffentlich)

kle

Seite

- 5 Filz im NRW-Justizministerium ("Westfalen-Blatt" vom 4. November 2002)** 18
- Bericht der Landesregierung
 - Diskussion
- 6 Verschiedenes** 26
- a) Bericht in der „WAZ“ betreffend einen Zubau an Haftplätzen bei der JVA Bochum
 - b) Bitte um einen Bericht zu dem Thema „Rückstufungen bei Versetzungen“

* * *

Rechtsausschuss
25. Sitzung (öffentlich)

13.11.2002
kle

Qualität der Arbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz weiter verbessern

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1542

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1583

heute nicht aufzurufen. SPD und Bündnis 90/Die Grünen entwickelten derzeit einen Entschließungsantrag, der vor einer Beratung im Rechtsausschuss den anderen Fraktionen zugeleitet werden sollte.

Peter Biesenbach (CDU) macht deutlich, dass eine Qualitätsverbesserung im Interesse aller Fraktionen liege. Er regt an, interfraktionell eingehend zu diskutieren, um zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zu kommen. - Diesem Vorschlag stimmt **Frank Sichau (SPD)** zu.

Vorsitzender Dr. Robert Orth gibt bekannt, dass das Konzept zur Qualitätsverbesserung dem Unterausschuss "Personal" des mitberatenden Haushalts- und Finanzausschusses am 1. Oktober 2002 vorgestellt worden sei. Dieser Unterausschuss habe einvernehmlich auf eine Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen verzichtet und empfohlen, die weiteren Beratungen im Rechtsausschuss zu führen.

Der **Ausschuss** beschließt, diesen Tagesordnungspunkt nicht heute, sondern erst nach Vorlage des angekündigten gemeinsamen Entschließungsantrages aller Fraktionen aufzurufen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2800 und 13/3150

Vorlagen 13/1636 und 13/1703

Peter Biesenbach (CDU) bemängelt die fast gänzliche Streichung der Mittel für Freiwilligenarbeit, was nicht nur bei den Betroffenen, sondern auch bei den Fachleuten auf heftige Kritik stöße.

Rechtsausschuss

13.11.2002

25. Sitzung (öffentlich)

kle

Frank Sichau erwidert, die **SPD-Fraktion** gedenke, hier eine Änderung einzubringen. - **Sybille Haußmann (GRÜNE)** ergänzt, die Regierungsfractionen planten in Bezug auf den gesamten Bereich der Straffälligenhilfe - beispielsweise bei Projekten für Sexualstraftäter und zur Haftvermeidung - deutliche Nachbesserungen des Haushaltsentwurfs.

Jan Söffing (FDP) weist auf die starke Zunahme der Insolvenzverfahren hin. Eine Reaktion auf diesen Anstieg habe er im Haushaltsplan nicht gefunden.

Justizminister Wolfgang Gerhards erklärt:

Sie werden verstehen, dass ich zu vielen Detailfragen heute noch nichts sagen kann. Deshalb werden sich zu allen heutigen Tagesordnungspunkten überwiegend die Abteilungsleiter und die anderen Fachbeamten des Ministeriums äußern. Ich schalte mich nur dann ein, wenn es um etwas Generelles oder um politische Punkte geht.

Herr Biesenbach, gerade wurde darauf hingewiesen, dass die Koalitionsfraktionen in Bezug auf die Freiwilligenarbeit nachgebessert haben. Natürlich hätte ich hier und da gerne mehr Mittel zur Verfügung. Es ist aber völlig klar, dass ich nicht mehr Geld bekomme. Mit diesem Zustand müssen wir daher leben.

Herr Söffing, Sie haben die im Hinblick auf die steigende Zahl von Insolvenzverfahren möglicherweise zu knappe Ausstattung angesprochen. Zu diesem Punkt wird Herr Kamp etwas sagen.

MDgt Kamp (JM) führt aus:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Aus dem Vergleich der ersten drei Quartale des Jahres 2001 mit den ersten drei Quartalen des Jahres 2002 ergibt sich ein Anstieg der Insolvenzanträge um 49 %. Die absoluten Zahlen sind von 15.383 auf 22.948 gestiegen.

Die Belastung durch Insolvenzverfahren betrifft primär den Bereich des gehobenen Justizdienstes. An dieser Stelle ist Vorsorge getroffen worden. In den Haushaltsjahren 1997 und 1998 hatten wir insgesamt 200 zusätzliche Stellen für Rechtspfleger eingerichtet. Diese 200 Stellen reichen aus, um die jetzt anlaufende Bearbeitung der Insolvenzanträge im Rechtspflegerbereich personell abdecken zu können.

Aber auch der richterliche Bereich wird tangiert. Bei allen Unwägbarkeiten, die es im System PEBB§Y derzeit noch gibt - das haben wir dem Rechtsausschuss seinerzeit im Detail erläutert -, gehen wir von einem Mehrbedarf von rund 10 Richtern für die Bewältigung dieser zusätzlichen Aufgaben aus.

Frank Sichau (SPD) meint, zwar müsse im richterlichen Bereich eventuell noch eine Nachbesserung vorgenommen werden. Im Rechtspflegerbereich habe man aber schon im Vorfeld

Rechtsausschuss
25. Sitzung (öffentlich)

13.11.2002
kle

der Neuordnung des Insolvenzrechts vorgesorgt und die notwendige Personalstruktur geschaffen. Aufgrund der Gebührenpflichtigkeit sei der erwartete Arbeitsanfall bei der Justiz zunächst ausgeblieben. Infolge des zwischenzeitlich umgesetzten Stundungsmodells steige nunmehr - wie beabsichtigt - die Zahl derer, die die Möglichkeiten des Insolvenzverfahrens in Anspruch nähmen, an.

Der Redner ruft die Meinungsverschiedenheiten der Vergangenheit in Bezug auf die notwendige Anzahl von Rechtspflegern ins Gedächtnis zurück. Nach seiner Erinnerung habe der Kollege Söffing geäußert, in Nordrhein-Westfalen gebe es genügend Rechtspfleger. Andere Abgeordnete hätten deren Zahl für nicht ausreichend gehalten. Die Gewerkschaft habe sogar von einem Aussterben von Rechtspflegern gesprochen.

Peter Biesenbach (CDU) bemerkt mit jedem Insolvenzverfahren müssten sich auch die

Rechtsausschuss
25. Sitzung (öffentlich)

13.11.2002
kle

Der Ausschuss habe wiederholt über die Belastungssituation des staatsanwaltschaftlichen Dienstes gesprochen. Im Zusammenhang mit den Erläuterungen zu PEBB§Y habe das Ministerium dargelegt, dass auf der Basis dieser neuen Bewertungszahlen derzeit noch keine zuverlässigen Aussagen über die Belastungssituation im staatsanwaltschaftlichen Dienst gemacht werden könnten. Das gelte ebenso für den richterlichen Dienst, den gehobenen Justizdienst und den Bereich der Amtsanwälte. Einen Zeithorizont in Bezug auf das Vorliegen der für fundierte Schlussfolgerungen notwendigen statistischen Grundlagen habe das Ministerium vorgestellt.

Der Abgeordnete Dr. Droste wisse sicherlich, dass das elektronische Grundbuch derzeit eingeführt werde. Bei einer großen Anzahl von Gerichten finde schon heute das Verfahren FO-LIA Verwendung, das die Beschäftigten entlaste. Weitere Erleichterungen bringe das vor rund anderthalb Jahren auf die Schiene gesetzte elektronische Grundbuch mit sich. Von der damit verbundenen Automation profitierten nicht zuletzt die Notare. Der im ursprünglichen Finanzierungsplan hierfür vorgesehene Betrag von 8,6 Millionen € sei im Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2003 ohne Kürzungen veranschlagt. Somit werde dieses Programm planmäßig abgearbeitet; eine flächendeckende Umsetzung erwarte man nach den bisherigen Planungsdaten im Jahre 2006.

Frank Sichau (SPD) stellt fest, dass im gesamten Registerwesen derzeit investiert werde. Diese Investitionen machten die Gerichte zukunftsfähig. Über die schon genannten Details hinaus sei die Führung der Handelsregister den 19 Amtsgerichten am Standort der Landgerichte übertragen worden. Insofern erübrige sich eine weitere Diskussion.

Schon heute bemühten sich die Grundbuchämter um zeitnahe Bearbeitung. Nach vollständiger Implementierung der Informationstechnologie im Jahr 2006 könnten sie noch besser und schneller arbeiten. Allerdings müsse man in der Umstellungsphase mit Problemen rechnen. Da aber auch bei einer Verlagerung der Register zu Dritten wie den Industrie- und Handelskammern Anlaufprobleme aufträten, mache die Erwägung kurzfristiger Alternativen keinen Sinn.

Vorsitzender Dr. Robert Orth erkundigt sich nach der Höhe der im laufenden Jahr zwar etatisierten, aufgrund der Haushaltssperre aber nicht ausgegebenen Mittel.

Hierzu könne er heute noch keine verlässlichen Zahlen mitteilen, erwidert **MDgt Kamp (JM)**. Es fehle noch die Auswertung des Monatsabschlusses für Oktober 2002. In der Tendenz gebe es im Sach- und Investitionshaushalt des Justizbereichs aufgrund der Haushaltssperre deutliche Einsparungen in der Größenordnung zweistelliger Millionenbeträge. Allerdings seien auf einzelnen Feldern nicht vorgesehene Ausgabesteigerungen aufgetreten.

Dr. Rolf Hahn (CDU) kritisiert die im Justizbereich trotz noch nicht funktionierender Kommunikations- und Informationssysteme bereits umgesetzten Personaleinsparungen. Das führe zu unerträglichen Verfahrenslängen, weil es gerade im mittleren Dienst und im Schreibdienst an Personal mangle. Bei Gesprächen mit Anwälten, Rechtssuchenden und Angehörigen der

Rechtsausschuss
25. Sitzung (öffentlich)

13.11.2002
kle

Justiz habe man ihn deutlich auf die bestehende Personallücke hingewiesen, die es schnell zu schließen gelte. Der Abgeordnete erkundigt sich, wie die Landesregierung diesem ihr mit Sicherheit bekannten Problem begegnen wolle.

Jan Söffing (FDP) erklärt, jede Investition in die Justiz - gerade im Rahmen des Projekts Justiz 2003 - werde von allen Fraktionen als nützlich erachtet und unterstützt. Ihm sei allerdings neu, dass aus dem Projekt Justiz 2003 jetzt das Projekt Justiz 2006 werde.

Der Redner schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Hahn an. Die derzeit nicht nur bei den vom Kollegen Dr. Droste beispielhaft genannten Grundbuchämtern, sondern flächendeckend in der Justiz Nordrhein-Westfalens auftretenden Probleme lägen auch darin begründet, dass schon Personal abgebaut worden sei, obwohl die neu zu implementierende Technik noch nicht zur Verfügung stehe. Beim Büro- und Kanzleidienst bringe man kw-Vermerke aus und spare Stellen ein. Bis die zur Kompensation notwendige Technik zuverlässig funktioniere, werde dieses Personal aber noch benötigt.

Justizminister Wolfgang Gerhards macht deutlich, dass alle Übergangsprozesse selbst bei bester Personalausstattung Fehler mit sich brächten. Mit solchen systemimmanenten Reibungsverlusten werde man daher leben müssen.

Die Betroffenen gingen mit Umstellungsprozessen unterschiedlich um. Manche von ihnen arbeiteten weiter wie bisher und warteten auf den Tag, an dem das neue System funktioniere, um dann auf Knopfdruck umzustellen - mit dem Risiko, dass sie mit dem ungewohnten Verfahren nicht zurechtkämen und das alte System nicht mehr zur Verfügung stehe. Andere Beschäftigte arbeiten mit beiden Systemen parallel. Je nach den Strukturen, den Belastungen und der Herangehensweise werde das Ganze in der Übergangszeit besser oder schlechter funktionieren. Damit werde man ebenfalls leben müssen.

Bei der Vermutung des Abgeordneten Söffing, aus dem Projekt Justiz 2003 werde das Projekt Justiz 2006, handele es sich um Missverständnis, das MDgt Kamp klarstellen werde.

MDgt Kamp (JM) führt aus, das im Jahr 1998 beschlossene Projekt Justiz 2003 umfasse die Vollausstattung der Justiz mit moderner IT-Technik und den Einsatz entsprechender Speziallösungen, und zwar auf der Basis der damals bekannten Möglichkeiten. Wie vorgesehen, seien mittlerweile weit mehr als 80 % aller dafür in Betracht kommenden Arbeitsplätze in der Justiz mit PCs und Standard-Microsoft-Produkten sowie teilweise mit speziellen Softwarelösungen ausgestattet. Das Projekt Justiz 2003 könne daher Ende des Jahres 2003 planmäßig abgeschlossen werden. Die notwendigen Mittel seien im Haushaltsplanentwurf des Jahres 2003 etatisiert; für IT-Mittel gelte eine Ausnahme von der haushaltswirtschaftlichen Sperre.

Knapp 100 Grundbuchämter arbeiteten derzeit mit dem Programm FOLIA, dessen flächendeckende Einführung auf einem Beschluss aus dem Jahre 1998 beruhe. Angesichts der technischen Entwicklung habe man zwischenzeitlich entschieden, mit der Einführung des elektronischen Grundbuches einen weiteren Quantensprung zu realisieren. Daher würden die Gerichte derzeit sukzessive mit dem Programm SOLUM-STAR ausgestattet. Im Jahr 2006 werde jedes

Rechtsausschuss
25. Sitzung (öffentlich)

13.11.2002
kle

nordrhein-westfälische Gericht über diese Software verfügen. Parallel dazu erfolge das Einscannen der Akten und Grundbuchblätter.

Falls in einzelnen Bereichen die vom Abgeordneten Dr. Hahn kritisierten Personallücken im Schreibdienst aufträten, hänge das nicht nur mit Umstellungsschwierigkeiten, sondern auch mit der unterschiedlichen Realisierung von kw-Vermerken an den verschiedenen Orten eines Landgerichtsbezirks zusammen, meint **Frank Sichau (SPD)**. Er empfiehlt, diesen Punkt in Absprache mit dem Ministerium zu klären.

Ursprünglich habe das Projekt Justiz 2003 die Einführung des Programms FOLIA vorgesehen. Während des laufenden Umstellungsprozesses habe sich aber eine kostengünstige Möglichkeit gezeigt, zu einer weiteren Verbesserung zu kommen. Daraufhin sei die Entscheidung für das Programm SOLUM-STAR gefallen. Zwar monierten viele Gerichte, sie hätten gerade erst FOLIA eingeführt und sollten sich jetzt schon wieder umstellen. Dieser Aufwand lohne sich aber; denn bei SOLUM-STAR handele es sich um eine weitaus bessere Software, die nicht nur IT-gestützt, sondern vollelektronisch arbeite.

Aufgrund "der Entwicklung während der Entwicklung" werde der Umstellungsprozess über das Jahr 2003 hinaus andauern. Schon allein aus Kostengesichtspunkten hätte sich aber die im vorgesehenen Zeitplan liegende Einführung von FOLIA bei allen Gerichten mit anschließender Umstellung auf SOLUM-STAR verboten.

Der Justizminister solle das Projekt Justiz 2003 nicht derart auf die leichte Schulter nehmen, wie es aus seinen Worten anklinge, findet **Peter Biesenbach (CDU)**. - Da interpretiere ihn der Abgeordnete falsch, erwidert **Justizminister Wolfgang Gerhards**.

Er habe den Minister im Sinne von "die Reibungsverluste tauchen halt auf" verstanden, sagt **Peter Biesenbach (CDU)**. Daher bitte er ihn, sich über die Lage vor Ort intensiv zu informieren. Die Praktiker in der Justiz kolportieren das Projekt Justiz 2003 als "Justiz 3002". Die aus diesem Programm resultierenden Auswüchse in der täglichen Arbeit hätten den Ausschuss schon mehrfach beschäftigt. Bei der CDU-Fraktion sei der Eindruck entstanden, dass dieses Projekt vorrangig dazu diene, Personal abzubauen, die Qualität der Arbeit zu senken und sich durchzumogeln, um nicht neu investieren zu müssen.

Wenn sich der Minister in etwa einem Vierteljahr sachkundig gemacht habe, solle der Rechtsausschuss das gesamte Umstellungsverfahren erneut hinterfragen und diskutieren.

Außerdem fordert der Abgeordnete den neuen Justizminister auf, der Justiz im Kabinett die ihr angemessene Bedeutung zu verschaffen. Nach Ansicht der CDU-Fraktion sei das bisher nicht immer geschehen.

Vorsitzender Dr. Robert Orth kommt auf die bei der letzten Ausschusssitzung diskutierte Drogentherapie im Strafvollzug zurück, die zwar nicht in den Justizetat falle, bei der Rechts-

politik aber eine erhebliche Rolle spiele, und erkundigt sich, inwieweit hier eine Erhöhung der Haushaltsansätze erfolge.

Frank Sichau (SPD) entgegnet, aus Gesprächen mit vielen an der Drogentherapie Beteiligten wisse er, dass die Entwöhnungsbehandlung zu einem signifikanten Teil aus dem Vollzug gespeist werde und die Justizbediensteten somit eine Schlüsselrolle spielten. Seine Fraktion werde einen Änderungsantrag in Bezug auf den Haushaltsansatz für die Drogentherapie im Strafvollzug einbringen. Aufgrund der dramatischen Haushaltssituation könne man aber nicht alles Wünschenswerte realisieren.

2 Zehntes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3044

(vom Landtag in seiner Sitzung am 9. Oktober an den Rechtsausschuss - federführend - sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen)

Vorsitzender Dr. Robert Orth hält es nicht für sinnvoll, bei der heutigen Sitzung abschließend zu beraten; denn ein solches Vorgehen ignorierte die Mitberatungsrechte des Haushalts- und Finanzausschusses.

Justizminister Wolfgang Gerhards bittet um zügige Beratung, damit die vorgesehene Zuständigkeitsänderung, die auch bereits anhängige Verfahren betreffe, möglichst schnell erfolge. Im Übrigen könne sich wohl jede Fraktion mit dem Ziel des Gesetzentwurfes einverstanden erklären, sodass keine breite Diskussion erforderlich sei.

In Bezug auf die Belastung von Verwaltungsgerichten in Nordrhein-Westfalen gebe es durchaus Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen. Bei der Plenardebatte zu diesem konkreten Gesetzentwurf habe er aber wenig Dissens vernommen, so **Hans-Willi Körfges (SPD)**. Zwar sollte man dem Haushalts- und Finanzausschuss eine ordentliche Mitberatung ermöglichen, aber noch in diesem Jahr zu einem Abschluss kommen, damit die gleichmäßigere Auslastung wie vorgesehen zum 1. Januar 2003 eingeführt werden könne.

Jan Söffing (FDP) stellt Einvernehmen zwischen den Fraktionen über dieses konkrete Vorhaben fest. Bei der Analyse der zugrunde liegenden Ursachen unterschieden sich allerdings die Wertungen.